

IAB-KURZBERICHT

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

10|2026

In aller Kürze

- Auf Grundlage der zweiten Welle der IMPa-Befragung lässt sich erstmals realisierte Abwanderung untersuchen: 2,6 Prozent der betrachteten Eingewanderten haben Deutschland verlassen. Davon kehrten 60 Prozent in ihr Herkunftsland zurück, 40 Prozent wanderten in ein anderes Land weiter.
- Abwanderungsabsichten sind ein wichtiger Frühindikator für spätere Abwanderung: Unter den Ausgewanderten hatte fast jede zweite Person in der ersten Welle der IAB-Befragung Abwanderungspläne genannt; unter den später Verbliebenen traf dies nur auf 2 Prozent zu. Zugleich waren knapp zwei Drittel der Personen mit Abwanderungsplänen bis zur Folgebefragung in Deutschland geblieben.
- Die wichtigsten Gründe für den Wegzug sind partnerschaftliche und familiäre Gründe (39 %), aufwändige bürokratische Prozesse (32 %), persönliche Vorlieben (30 %), berufliche Gründe (29 %) und der Wohnungsmarkt (27 %).
- Viele Ausgewanderte bleiben Deutschland verbunden: 53 Prozent wären rückblickend gerne länger oder dauerhaft geblieben, 57 Prozent haben über eine mögliche Rückkehr nach Deutschland nachgedacht.
- Ausgewanderte nennen häufig Unterstützungsbedarf bei Arbeit und Karriere, Sprache, Wohnungssuche, Behördengängen und leichter zugänglichen Informationen. Zudem nehmen sie die Arbeitsmarktchancen Eingewandeter als schlechter und die aufenthaltsrechtliche Sicherheit als kritischer wahr als Verbliebene.

International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa)

Wer bleibt, wer geht – und warum Eingewanderte Deutschland wieder verlassen

von Yuliya Kosyakova, Julia Reinold, Theresa Koch, Lukas Olbrich, Katia Gallegos-Torres und Simon Wagner

Wer nach Deutschland einwandert, bleibt nicht zwangsläufig dauerhaft. Angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs ist es arbeitsmarktpolitisch relevant, ob Eingewanderte langfristig in Deutschland bleiben oder wieder abwandern. In der ersten Welle des International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa) gaben rund 3 Prozent der Eingewanderten an, Abwanderungspläne zu haben. Das sind hochgerechnet 312.000 Personen. Die Folgebefragung 2025 macht nun erstmals sichtbar, wer Deutschland tatsächlich verlassen hat, wohin diese Personen gezogen sind, welche Gründe dafür ausschlaggebend waren und welches Wiederzuwanderungspotenzial besteht.

Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Prognosen zufolge steigt der jährliche Nettobedarf an Zuwanderung langfristig auf 270.000 bis

400.000 Personen (Fuchs/Söhnlein/Weber 2021; Kubis/Schneider 2024). Doch der Wanderungssaldo – also die Differenz zwischen Zuzügen nach Deutschland und Fortzügen aus Deutschland – ist zuletzt deutlich zurückgegangen: Im Jahr 2025 lag er aufgrund sinkender Zuzüge und weitgehend gleichbleibender Fortzüge bei 235.000 Personen und damit 45 Prozent niedriger als 2024 (Destatis 2026).

Damit rückt neben der Gewinnung neuer Arbeitskräfte auch die Frage in den Vordergrund, wie Bleibeperspektivi-



ven für Eingewanderte gestärkt werden können. Denn Einwanderung bedeutet nicht zwangsläufig einen dauerhaften Verbleib. Ein Teil der Eingewanderten verlässt Deutschland wieder und kehrt entweder in das Herkunftsland zurück oder wandert weiter in ein anderes Zielland. Für Politik und Verwaltung ist nicht nur relevant, wie viele Personen gehen, sondern auch, ob sich Abwanderung frühzeitig abzeichnet, welche Gründe dafür genannt

werden und ob nach dem Wegzug eine Rückkehr nach Deutschland denkbar bleibt.

Das International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa) ermöglicht erstmals, solche Fragen wiederholt im Laufe der Zeit zu untersuchen (vgl. Infobox 1). Angaben zu Abwanderungsüberlegungen und -plänen aus der ersten Befragungswelle werden mit Daten zu tatsächlicher Abwanderung bis zum Zeitpunkt der Wiederbefragung verknüpft und erlauben Analysen zu Zielregionen, Abwanderungsgründen und zum Wiederzuwanderungspotenzial.

T1

Abwanderungsabsichten und tatsächliche Abwanderung bis Welle 2

Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter (18–65 Jahre), in Prozent

	Verbliebene		Ausgewanderte
	Absichten in Welle 1	Absichten in Welle 2	Absichten in Welle 1
Mit Abwanderungsplänen in den nächsten 12 Monaten	2	3	49
Mit Abwanderungsüberlegungen in den letzten 12 Monaten (ohne Abwanderungspläne)	28	30	18
Ohne Abwanderungsüberlegungen und Abwanderungspläne	70	67	33
Insgesamt	100	100	100
Beobachtungen	14.817	14.828	403

Anmerkungen: Die Spalten „Verbliebene“ beziehen sich auf Personen, die bis Welle 2 in Deutschland geblieben sind. Die Spalte „Ausgewanderte“ bezieht sich auf Personen, die Deutschland bis Welle 2 verlassen haben. Die ersten beiden Spalten zeigen Abwanderungsabsichten der Verbliebenen zum Befragungszeitpunkt in Welle 1 beziehungsweise in Welle 2; die dritte Spalte zeigt Abwanderungsabsichten der Ausgewanderten in Welle 1.

Quelle: IMPa (Kohorte 1, Wellen 1 und 2), gewichtet. Grafik: IAB

Abwanderungspläne sind ein deutlicher, aber unvollständiger Frühindikator

Die Folgebefragung erlaubt erstmals, Abwanderungsabsichten aus der ersten Welle der Befragung mit tatsächlicher Rück- und Weiterwanderung zu verknüpfen. Bis zur zweiten Welle hatten 2,6 Prozent (hochgerechnet 260.000 Personen) der betrachteten Eingewanderten Deutschland verlassen. Tabelle T1 zeigt, welche Abwanderungsabsichten die später Verbliebenen und die später Ausgewanderten in Welle 1 geäußert hatten. Die Unterschiede sind deutlich: Unter den Ausgewanderten hatte fast jede zweite Person in Welle 1 Abwanderungspläne. Unter den später Verbliebenen traf dies nur auf 2 Prozent zu. Pläne sind damit ein starker Frühindikator für spätere Abwanderung.

Zugleich bedeutet ein Plan nicht zwangsläufig, dass eine Ausreise tatsächlich erfolgt. Von den Personen, die in Welle 1 konkrete Abwanderungspläne hatten, blieben knapp zwei Drittel bis zur zweiten Welle weiterhin in Deutschland (63 %; ohne Abbildung). Bei Personen mit bloßen Abwanderungsüberlegungen lag dieser Anteil sogar bei 95 Prozent. Das ist wenig überraschend: Abwanderungsüberlegungen sind ein weiches Maß als Pläne. Sie zeigen zunächst, dass Abwanderung als Möglichkeit in Betracht gezogen wird, sagen aber wenig darüber aus, wie ernsthaft, konkret oder zeitnah eine Ausreise tatsächlich ist (Carling 2024).

Umgekehrt kann Abwanderung auch ohne vorher geäußerte Absicht erfolgen, wenn sich beispielsweise berufliche, familiäre, rechtliche oder aufenthaltsbezogene Rahmenbedingungen verändern. Entsprechend hatte ein Drittel der später

1

IMPa – die Datenbasis

Das International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa) ist eine neue repräsentative Längsschnittbefragung von Eingewanderten in Deutschland (Kosyakova u. a. 2025). Ziel der IAB-Studie ist es, Verbleib, Rückkehr, Weiterwanderung und zirkuläre Migration sowie damit verbundene Migrationsabsichten, Arbeitsmarktverläufe und Integrationsprozesse im Zeitverlauf zu untersuchen. Die erste IMPa-Kohorte wurde auf Basis der Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) des IAB gezogen. Zur Zielpopulation gehören Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren, die bis zum 2. April 2024 nach Deutschland eingereist waren, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt besaßen und in den Daten der Bundesagentur für Arbeit registriert wurden – etwa durch Beschäftigung, Leistungsbezug oder Maßnahmenteilnahme. Die nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Personen wurden postalisch zur Teilnahme eingeladen und konnten den Fragebogen online in 19 Sprachen ausfüllen.

Die erste Befragungswelle fand von Dezember 2024 bis April 2025 statt, die Wiederbefragung von November 2025 bis Februar 2026. Dadurch lassen sich Abwanderungsüberlegungen und -pläne aus Welle 1 mit tatsächlicher Rück- und Weiterwanderung bis Welle 2 verknüpfen. An der Welle 2 nahmen 43 Prozent der Welle-1-Teilnehmenden erneut teil. Mithilfe statistischer Hochrechnungsverfahren sind repräsentative Aussagen über die Zielpopulation möglich. Die Analysen verwenden Panelgewichte, die Unterschiede in der Auswahl- und Teilnahmewahrscheinlichkeit ausgleichen und die Befragungsdaten an Referenzverteilungen aus den IEB anpassen. Es werden Personen betrachtet, die an beiden Wellen teilgenommen haben und in Welle 2 im erwerbsfähigen Alter waren. Daraus ergibt sich ein Paneldatensatz mit 15.232 Befragten. Aufgrund von Filterführungen und sogenanntem Item-Nonresponse – also fehlenden Antworten auf einzelne Fragen – können die Fallzahlen in einzelnen Tabellen und Abbildungen davon abweichen.

Ausgewanderten bei der Erstbefragung weder Abwanderungsüberlegungen noch Abwanderungspläne geäußert (vgl. Tabelle T1).

Auch unter den Verbliebenen bleiben Abwanderungsabsichten relevant. In Welle 2 hatten 3 Prozent von ihnen Pläne, Deutschland in den nächsten zwölf Monaten zu verlassen; weitere 30 Prozent hatten in den vergangenen zwölf Monaten über eine Ausreise nachgedacht. Damit bleibt ein Teil der in Deutschland lebenden Eingewanderten weiterhin mobilitätsorientiert.

Pläne und tatsächliche Abwanderung betreffen unterschiedliche Gruppen

Tabelle T2 zeigt, dass Abwanderungspläne nicht einfach als Ausdruck schwacher Integration verstanden werden sollten. Unter den Verbliebenen unterscheiden sich Personen mit Abwanderungsplänen in Welle 1 deutlich von jenen ohne Pläne: Erstere sind häufiger männlich, etwas jünger, seltener familiär in Deutschland verankert, häufiger hochgebildet, verfügen deutlich häufiger über (sehr) gute Englischkenntnisse und sind häufiger erwerbstätig. Zugleich hatten sie beim Zuzug deutlich seltener die Absicht, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, und fühlten sich seltener willkommen. Abwanderungspläne verweisen damit nicht nur auf Belastungen, sondern auch auf Mobilitätsressourcen und eine geringere langfristige Bindung an Deutschland.

Im Vergleich zu Verbliebenen waren Ausgewanderte im Durchschnitt jünger, lebten deutlich kürzer in Deutschland, hatten häufiger Partnerin, Partner oder Kinder im Ausland und verfügten seltener über (sehr) gute Deutschkenntnisse, aber häufiger über (sehr) gute Englischkenntnisse. Auch lagen ihre Bruttostundenlöhne niedriger als die der Verbliebenen.

Unterschiede zeigen sich ebenfalls zwischen Ausgewanderten mit und ohne vorherige Abwanderungspläne: Erstere waren häufiger hochgebildet, verfügten häufiger über (sehr) gute Englischkenntnisse, besaßen deutlich häufiger eine deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit oder eine Niederlassungserlaubnis und erzielten höhere Bruttostundenlöhne als Ausgewanderte, die zuvor keine Abwanderungspläne hatten. Letztere waren

dagegen häufiger auf Arbeitsuche, hatten seltener einen rechtlich abgesicherten Aufenthaltsstatus und wollten beim Zuzug häufiger dauerhaft in Deutschland bleiben.

Die Befunde zeigen, dass Abwanderung unterschiedliche Formen hat: Sie kann geplante Mobilität ressourcenstärkerer Personen sein, aber auch aus unsicheren oder veränderten Lebenslagen heraus entstehen.

Rückkehr und Weiterwanderung folgen unterschiedlichen Zielmustern

Von den Ausgewanderten kehrten 60 Prozent in ihr Herkunftsland zurück, 40 Prozent wanderten in ein anderes Land weiter (ohne Abbildung). Die wichtigsten Zielländer unterscheiden sich dabei deutlich: Unter den Weitergewanderten zog der größte Anteil nach Spanien (21 %), gefolgt von der Schweiz (13 %) sowie Italien und Kroatien mit jeweils 9 Pro-

T2

Profil der Verbliebenen und Ausgewanderten nach Abwanderungsplänen in Welle 1

Anteile in Prozent bzw. Mittelwerte

	Verbliebene		Ausgewanderte	
	ohne Pläne	mit Plänen	ohne Pläne	mit Plänen
Frau	47	37	40	39
Alter (Mittelwert in Jahren)	40	38	34	37
Mit Partnerin/Partner	77	62	62	67
Mit Kind/ern	58	38	41	41
Mit Partnerin/Partner oder Kind/ern im Ausland ¹⁾	7	23	48	62
Master-, Diplom- oder Promotionsabschluss	25	37	18	45
Aufenthaltsdauer (Mittelwert in Jahren)	14	12	5	5
Deutsche/EU-Staatsangehörigkeit oder Niederlassungserlaubnis	72	71	59	84
Mit (sehr) guten Deutschkenntnissen	50	44	31	30
Mit (sehr) guten Englischkenntnissen	36	58	50	64
Erwerbstätig	78	84	74	67
Aktive Arbeitsuche	23	43	36	11
Bruttostundenlohn ²⁾ (Mittelwert in Euro)	38	33	26	30
Dauerhafte Bleibeabsicht beim Zuzug	46	20	40	9
Fühlt sich in Deutschland (sehr) willkommen	67	40	69	43
Beobachtungen	14.399	429	176	227

Anmerkungen: Die Spalten „Verbliebene“ beziehen sich auf Personen, die bis Welle 2 in Deutschland geblieben sind. Die Spalten „Ausgewanderte“ beziehen sich auf Personen, die Deutschland bis Welle 2 verlassen haben. „Mit Plänen“ bezeichnet Personen mit Abwanderungsplänen in Welle 1. „Ohne Pläne“ umfasst Personen ohne Abwanderungspläne in Welle 1, also Personen mit bloßen Abwanderungsüberlegungen, sowie Personen ohne Abwanderungsüberlegungen. Alle Merkmale beziehen sich auf Angaben in Welle 1.

¹⁾ Nur Personen mit Partnerin/Partner oder Kind/ern.

²⁾ Nur erwerbstätige Personen mit gültigen Angaben zu Lohn und Arbeitsstunden.

Lesebeispiel: Unter den bis Welle 2 Verbliebenen lag der Frauenanteil bei 47 Prozent für Personen ohne Abwanderungspläne in Welle 1 und bei 37 Prozent für Personen mit Abwanderungsplänen. Unter den Ausgewanderten ohne und mit Abwanderungsplänen betrug der Frauenanteil 40 Prozent beziehungsweise 39 Prozent.

Quelle: IMPa (Kohorte 1, Wellen 1 und 2), gewichtet. Grafik: IAB

zent. Rückgewanderte kehrten besonders häufig nach Kroatien (17 %), in die Türkei (15 %), nach Polen (11 %) und nach Rumänien (9 %) zurück.

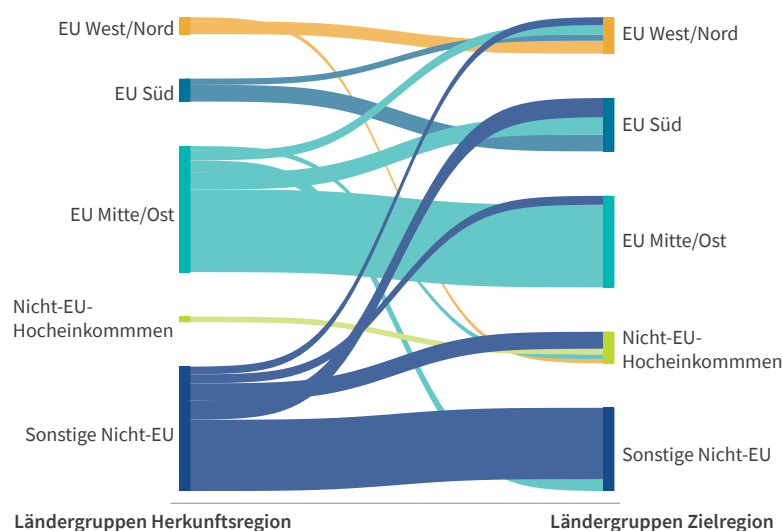
Abbildung A1 bündelt diese Länder zu Herkunfts- und Zielregionen und veranschaulicht, dass Rückwanderung stark durch die Herkunftsstruktur geprägt ist: Viele Rückgewanderte stammen aus Mittel- und Osteuropa sowie aus sonsti-

gen Nicht-EU-Ländern und kehren entsprechend in diese Regionen zurück. Weiterwanderung folgt dagegen häufiger einer anderen Logik: Sie richtet sich stärker auf west- und nordeuropäische Länder sowie auf Nicht-EU-Hocheinkommensländer. Dieser Befund legt nahe, dass Rück- und Weiterwanderung nicht nur unterschiedliche Zielregionen haben, sondern auch mit unterschiedlichen Motiven und Voraussetzungen verbunden sein können, wie nachfolgend näher erläutert wird.

A1

Herkunfts- und Zielregionen der Ausgewanderten

Anteile an ausgewanderten Personen (in Prozent)



Quelle: IMPa (Kohorte 1, Welle 2), gewichtet. 403 Beobachtungen. Grafik: IAB

A2

Gründe für die Abwanderung aus Deutschland

Anteile an ausgewanderten Personen im erwerbsfähigen Alter (18–65 Jahre), in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: IMPa (Kohorte 1, Welle 2), gewichtet. 403 Beobachtungen. Grafik: IAB

Familiäre Gründe sind das wichtigste Abwanderungsmotiv, gefolgt von bürokratischen Prozessen

Abwanderung aus Deutschland hat selten nur einen einzigen Grund. Die befragten Ausgewanderten nannten mehrere Motive, die für ihren Wegzug ausschlaggebend waren (vgl. Abbildung A2). Am häufigsten gaben sie partnerschaftliche und familiäre Gründe an (39 %). An zweiter Stelle stehen aufwändige bürokratische Prozesse mit 32 Prozent. Es folgen persönliche Vorlieben (z. B. Klima und Lebensart) und eigene berufliche Gründe mit jeweils knapp 30 Prozent sowie der Wohnungsmarkt mit 27 Prozent.

Die Gründe unterscheiden sich auch danach, ob Ausgewanderte bereits in Welle 1 Abwanderungspläne hatten oder nicht (ohne Abbildung). Unter denjenigen ohne vorherige Pläne standen partnerschaftliche und familiäre Gründe ebenfalls an erster Stelle (32 %), gefolgt von aufwändigen bürokratischen Prozessen (29 %). Berufliche Gründe, persönliche Vorlieben und der Wohnungsmarkt wurden von ihnen dagegen deutlich seltener genannt als von Personen, die bereits in Welle 1 Abwanderungspläne hatten. Auffällig ist zudem, dass aufenthaltsrechtliche Gründe unter den Ausgewanderten ohne vorherige Pläne häufiger angegeben wurden (18 % gegenüber 5 %).

Das zeigt: Auch Abwanderung ohne vorherige Absichten ist häufig mit nachvollziehbaren Belastungen oder Einschränkungen verbunden. Ob diese erst nach der ersten Befragung entstanden sind, lässt sich mit den vorliegenden Daten nicht abschließend klären.

Damit zeigt sich ein gemischtes Bild. Ein Teil der Abwanderung hängt mit privaten Lebensumstän-

den zusammen, die politisch kaum direkt steuerbar sind. Zugleich nennen viele Ausgewanderte Gründe, die stärker mit Rahmenbedingungen in Deutschland verbunden sind – insbesondere aufwändige bürokratische Prozesse, berufliche Perspektiven, den Wohnungsmarkt, Sprachschwierigkeiten oder Diskriminierungserfahrungen.

Diese Befunde unterstreichen, dass einzelne Faktoren Abwanderung allein nicht erklären. Sie zeigen aber, in welchen Bereichen Ausgewanderte rückblickend Belastungen oder Hürden wahrgenommen haben.

Die Wahl des Ziellandes folgt unterschiedlichen Logiken

Beim Wegzug aus Deutschland unterscheiden sich die Gründe für die Wahl des Ziel- oder des Rückkehrlandes (ohne Abbildung). Bei Rückgewanderten stehen soziale und vertraute Kontexte im Vordergrund: Besonders häufig genannt wurden partnerschaftliche und familiäre Bindungen (41 %), Freundinnen und Freunde im Heimatland (40 %), persönliche Vorlieben (35 %) sowie bereits vorhandene Sprachkenntnisse (28 %). Bei Weitergewanderten spielen familiäre Gründe (39 %) und persönliche Vorlieben (38 %) ebenfalls eine wichtige Rolle. Eigene berufliche Gründe wurden jedoch deutlich häufiger genannt als bei Rückgewanderten (32 % gegenüber 17 %).

Viele Ausgewanderte bleiben Deutschland verbunden

Ein zentraler Befund betrifft die fortbestehende Verbundenheit vieler Ausgewanderten mit Deutschland. 53 Prozent gaben rückblickend an, dass sie gerne länger oder dauerhaft in Deutschland geblieben wären. Unter Rückgewanderten ist dieser Anteil größer als unter Weitergewanderten (63 % gegenüber 38 %). Darüber hinaus haben 57 Prozent der Ausgewanderten darüber nachgedacht, künftig wieder nach Deutschland zu ziehen. Wiederum fällt dieser Anteil unter Rückgewanderten höher aus als unter Weitergewanderten (62 % gegenüber 50 %). Abwanderung ist damit nicht zwingend mit einem vollständigen Verlust der Verbundenheit mit Deutschland verbunden.

Unterstützungsbedarfe verweisen auf Ansatzpunkte

Viele Ausgewanderte hätten sich während ihres Aufenthalts in Deutschland mehr Unterstützung gewünscht. Dabei lässt sich nicht unterscheiden, ob diese Unterstützung nicht verfügbar war, nicht genutzt wurde oder aus Sicht der Befragten nicht ausreichte. Am häufigsten gehört dazu Hilfe bei Arbeit und Karriere: 50 Prozent der befragten Ausgewanderten hätten hier zusätzlichen Bedarf gesehen (vgl. Abbildung A3). Jeweils rund ein Drittel gab das Erlernen der deutschen Sprache und die Wohnungssuche an, 30 Prozent Behördengänge beziehungsweise administrative Verfahren. Auch leichter zugängliche Informationen über Leben und Arbeiten in Deutschland wurden vergleichsweise häufig gewünscht.

Im Durchschnitt nannten Ausgewanderte 3,6 Unterstützungsbedarfe (Median: 3). Diese treten also häufig gebündelt auf. Nur knapp ein Fünftel gab an, keine weitere Unterstützung benötigt zu haben.

Rückgewanderte und Weitergewanderte haben unterschiedliche Unterstützungsbedarfe. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Wohnungssuche: 39 Prozent der Rückgewanderten hätten hier

A3

Unterstützungsbedarfe von Ausgewanderten während des Deutschlandaufenthalts

Anteile an ausgewanderten Personen, in Prozent (Mehrfachnennungen möglich)



Anmerkungen: Die Items zu Kinderbetreuung, Schul- und Kitainformationen sowie zu sozialer Einbindung der Kinder beziehen sich nur auf Personen mit Kind/ern. Das Item zur Arbeitsuche der Partnerin/des Partners bezieht sich nur auf Personen mit Partnerin oder Partner.

Quelle: IMPa (Kohorte 1, Welle 2), gewichtet. 403 Beobachtungen. Grafik: IAB

mehr Unterstützung benötigt, gegenüber 26 Prozent der Weitergewanderten (ohne Abbildung). Rückgewanderte nannten zudem häufiger Aufenthaltsrechtliche Fragen und leichter zugängliche Informationen, Weitergewanderte dagegen etwas häufiger gesundheitliche und psychologische Beratung. Der Anteil derjenigen, die keine weitere Unterstützung benötigt hätten, unterscheidet sich hingegen kaum: Er liegt bei 20 Prozent der Rückgewanderten und 18 Prozent der Weitergewanderten.

Bundesagentur für Arbeit, Kommunen und Arbeitgeber werden am häufigsten als Anlaufstellen genannt

Ausgewanderte, die Bedarfe an Unterstützung hatten, nannten vor allem institutionelle und arbeitsmarktnahe Anlaufstellen. 56 Prozent hätten sich Unterstützung von der Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise dem Jobcenter gewünscht, 44 Prozent von Städten, Gemeinden oder kommunalen Beratungsstellen und 43 Prozent vom Arbeitgeber (ohne Abbildung).

Weitere Stellen wurden seltener angeführt, können aber für bestimmte Gruppen relevant sein:

so das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für 22 Prozent, Ausbildungsstätten oder Universitäten für 19 Prozent sowie das Auswärtige Amt für 14 Prozent der Ausgewanderten. Schulen, Kitas oder Kindergärten wurden von 11 Prozent der Ausgewanderten mit Unterstützungsbedarf und Kindern genannt. Insgesamt zeigt sich damit ein breites Spektrum an gewünschter Unterstützung, das von arbeitsmarktbezogener Beratung über kommunale Anlaufstellen bis hin zu Bildungs- und Familieninstitutionen reicht.

Ausgewanderte nehmen Arbeitsmarktchancen und Aufenthaltsrisiken kritischer wahr

Die genannten Abwanderungsgründe und Unterstützungsbedarfe verweisen auf konkrete Erfahrungen in Deutschland. Ergänzend zeigt Abbildung A4, ob sich Verbliebene und Ausgewanderte in ihren allgemeinen Einschätzungen zu Deutschland unterscheiden. Dargestellt ist jeweils der Anteil der Personen, die den Aussagen „voll und ganz“ zustimmen.

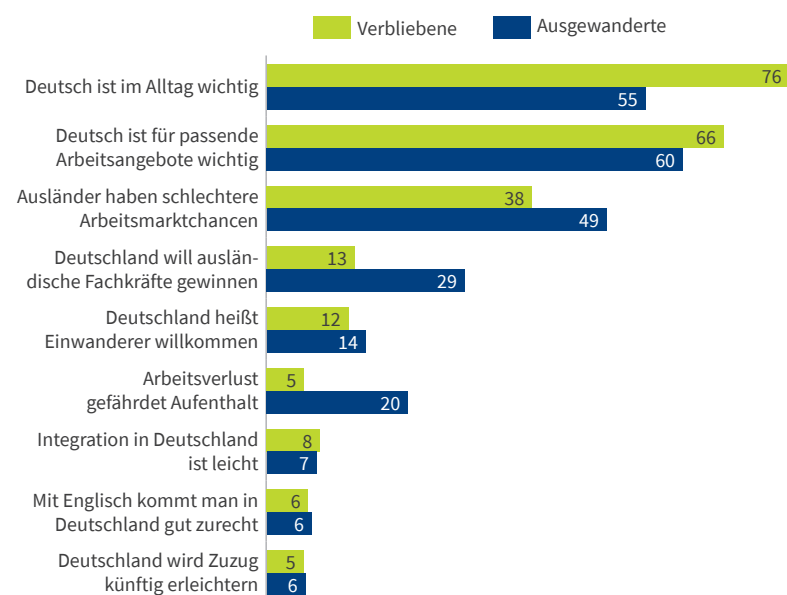
Verbliebene betonen die Bedeutung deutscher Sprachkenntnisse stärker als Ausgewanderte – sowohl im Alltag als auch für passende Arbeitsangebote. Des Weiteren ist offensichtlich, dass Ausgewanderte die Arbeitsmarktchancen ausländischer Personen kritischer bewerten als Verbliebene. Sie stimmten häufiger voll zu, dass Ausländerinnen und Ausländer schlechtere Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben. Noch deutlicher fällt der Unterschied bei der Einschätzung der aufenthaltsrechtlichen Sicherheit aus: Ausgewanderte stimmten häufiger voll und ganz zu, dass sie befürchteten, bei Arbeitsverlust Deutschland sofort verlassen zu müssen. Diese Befunde verweisen auf zwei Spannungsfelder, die auch in den Abwanderungsgründen und Unterstützungsbedarfen sichtbar werden: faire Arbeitsmarktchancen und aufenthaltsrechtliche Planungssicherheit.

Eine zusätzliche Differenzierung zeigt, dass Rück- und Weitergewanderte nicht in allen Einschätzungen übereinstimmen (ohne Abbildung). Rückgewanderte stimmten besonders häufig voll zu, dass Arbeitsverlust ihren Aufenthalt gefährdet hätte (24 % gegenüber 14 %). Weitergewanderte

A4

Einschätzungen zu Deutschland nach Mobilitätsstatus

Anteile an Personen mit voller Zustimmung, in Prozent



Anmerkungen: Dargestellt ist nur der Anteil der Personen, die „stimme voll und ganz zu“ angegeben haben. Die übrigen Antwortkategorien wurden zusammengefasst und umfassen „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“.

Quelle: IMPa (Kohorte 1, Welle 2), gewichtet. 15.232 Beobachtungen. Grafik: IAB

stimmten dagegen deutlich seltener voll zu, dass Integration in Deutschland leicht ist (2 % gegenüber 10 %).

Beide Gruppen stimmten häufiger als Verbliebene voll zu, dass Deutschland ausländische Fachkräfte gewinnen will (jeweils 29 % gegenüber 13 %). Das deutet nicht auf ein durchgehend negativeres Deutschlandbild der Ausgewanderten hin. Vielmehr zeigen sich spezifische Unterschiede in der Wahrnehmung von Sprache, Arbeitsmarktchancen, Integration und aufenthaltsrechtlicher Sicherheit.

Zugleich bleibt die uneingeschränkte Zustimmung zu einigen Aussagen in allen Gruppen niedrig. Nur wenige stimmten voll und ganz zu, dass Deutschland Eingewanderte willkommen heißt, dass Englisch in Deutschland ausreicht oder dass der Zuzug künftig erleichtert wird (vgl. Abbildung A4). Die Unterschiede zwischen Verbliebenen und Ausgewanderten konzentrieren sich damit weniger auf ein allgemeines Deutschlandbild als auf konkrete institutionelle und arbeitsmarktbezogene Bedingungen.

Fazit

Die Befunde der ersten beiden IMPa-Wellen zeigen, dass Abwanderung von Eingewanderten aus Deutschland zwar innerhalb des kurzen Beobachtungszeitraums quantitativ begrenzt ist, aber arbeitsmarktpolitisch relevant bleibt: Bis zur zweiten Welle hatten 2,6 Prozent (hochgerechnet 260.000 Personen) der betrachteten Eingewanderten Deutschland verlassen.

Weitergehende Analysen zeigen zugleich, dass Abwanderungspläne nicht einfach mit schwacher Integration gleichzusetzen sind. Sie treten auch bei ressourcenstärkeren und erwerbstätigen Personen auf, die über internationale Mobilitätsoptionen verfügen. Dabei ist Abwanderung nicht gleichbedeutend mit Rückkehr in das Herkunftsland: 60 Prozent der Ausgewanderten kehrten dorthin zurück, 40 Prozent wanderten in ein anderes Land weiter. Rück- und Weiterwanderung folgen unterschiedlichen Zielmustern und Motiven und sollten daher analytisch wie politisch unterschieden werden.

Abwanderung ist zudem nur teilweise vorhersehbar. Abwanderungspläne sind ein deutlicher Frühindikator: Unter den später Ausgewanderten

hatte fast jede zweite Person bereits in der ersten Welle solche Pläne geäußert. Allerdings waren von den Personen mit Abwanderungsplänen knapp zwei Drittel bis zur Folgebefragung weiterhin in Deutschland. Dies kann damit zusammenhängen, dass der Abstand zwischen den beiden Wellen für die Umsetzung von Plänen teilweise zu kurz war, dass sich Lebensumstände verändert haben oder dass Personen ihre Pläne wieder aufgegeben haben.

Umgekehrt hatte ein Drittel der Ausgewanderten zuvor weder Abwanderungsüberlegungen noch -pläne angegeben. Auch Abwanderung ohne vorherige Planung ist damit nicht als zufällig zu verstehen: Sie kann mit neuen beruflichen, familiären, rechtlichen oder aufenthaltsbezogenen Entwicklungen zusammenhängen – und muss nicht immer Ausdruck einer freiwillig gewählten Mobilitätsstrategie sein.

Die genannten Abwanderungsgründe unterstreichen diese Vielschichtigkeit. Partnerschaftliche und familiäre Gründe stehen mit 39 Prozent an erster Stelle und verweisen auf private Lebensumstände, die politisch nur begrenzt steuerbar sind. Aufwändige bürokratische Prozesse folgen mit 32 Prozent bereits auf Rang zwei. Hinzu kommen persönliche Vorlieben, berufliche Gründe, der Wohnungsmarkt, Sprachschwierigkeiten und Diskriminierungserfahrungen. Damit erscheint Abwanderung nicht als Folge eines einzelnen Faktors, sondern als Ergebnis des Zusammenspiels privater Bindungen, individueller Perspektiven und institutioneller Rahmenbedingungen in Deutschland.

Bemerkenswert ist, dass Abwanderung nicht zwingend mit einem vollständigen Verlust der Verbundenheit zu Deutschland einhergeht. 53 Prozent der Ausgewanderten wären rückblickend gerne länger oder dauerhaft in Deutschland geblieben; 57 Prozent haben darüber nachgedacht, künftig wieder nach Deutschland zu ziehen.

Auch ihre subjektiven Bewertungen sprechen nicht für ein pauschal negativeres Deutschlandbild. Vielmehr zeigen sich spezifische Unterschiede: Ausgewanderte bewerteten die Arbeitsmarktchancen ausländischer Personen kritischer und nehmen aufenthaltsrechtliche Risiken bei Arbeitsverlust häufiger wahr als Verbliebene. Für Bindungspolitik ist deshalb nicht nur relevant, ob Eingewanderte Arbeit finden, sondern auch, ob sie

faire Chancen, Planungssicherheit und institutionelle Offenheit wahrnehmen.

Die Unterstützungsbedarfe der Ausgewanderten zeigen, wo Institutionen ansetzen könnten. Besonders häufig geht es um Arbeit und Karriere, Spracherwerb, Wohnungssuche, Behördengänge und leichter zugängliche Informationen. Als wichtigste Anlaufstellen werden die Bundesagentur für Arbeit beziehungsweise das Jobcenter, Kommunen und Arbeitgeber genannt. Damit liegt ein Teil der Ansatzpunkte auf lokaler Ebene, etwa bei kommunalen Beratungsstellen, Arbeitgebern und regionalen Arbeitsmarktakteuren. Zugleich bleibt der Bund gefragt, verlässliche und mehrsprachige Informationen bereitzustellen, Zuständigkeiten transparenter zu machen und Unterstützungsangebote besser zu bündeln.

Die Befunde liefern keine kausalen Belege dafür, dass bestimmte Maßnahmen Abwanderung verhindern oder auslösen. Sie zeigen aber, in welchen Bereichen Ausgewanderte rückblickend Reibungspunkte wahrgenommen haben, und wo Politik, Verwaltung und Arbeitgeber ansetzen können, um Bleibeperspektiven zu stärken.

Die Befragungsergebnisse aus weiteren IMPa-Wellen werden zeigen, ob Überlegungen, nach

Deutschland zurückzukehren, tatsächlich umgesetzt werden, und welche Faktoren dazu beitragen, dass Eingewanderte dauerhaft bleiben, weiterwandern oder in die Heimat zurückkehren. Fachkräftesicherung sollte daher nicht nur aus der Perspektive der Zuwanderung gedacht werden, sondern auch aus der Perspektive von Verbleib, Abwanderung und möglicher Wiederzuwanderung.

Literatur

- Carling, J. (2024): Why Do People Migrate? Fresh Takes on the Foundational Question of Migration Studies. *International Migration Review*, 58, S. 1757–1791.
- Destatis (2026): Nettozuwanderung 2025 mit 235 000 Personen deutlich gesunken. Pressemitteilung Nr. 184 vom 1.6.2026.
- Fuchs, J.; Söhnlein, D.; Weber, B. (2021): [Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060 – Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen](#). IAB-Kurzbericht Nr. 25.
- Kosyakova, Y.; Olbrich, L.; Gallegos-Torres, K.; Hammer, L.; Koch, T.; Wagner, S. (2025): [Deutschland als Zwischenstation? Rückkehr- und Weiterwanderungsabsichten von Eingewanderten im Lichte neuer Daten des International Mobility Panel of Migrants in Germany](#) (IMPa), IAB-Forschungsbericht Nr. 15.
- Kubis, A.; Schneider, L. (2024): Zuwanderung und Arbeitsmarkt. Eine Analyse für Deutschland und die Bundesländer.



Prof. Dr. Yuliya Kosyakova
ist Leiterin des Forschungsbereichs „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.
Yuliya.Kosyakova@iab.de



Dr. Julia Reinhold
ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.
Julia.Reinhold@iab.de



Dr. Maria Theresa Koch
ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.
Theresa.Koch@iab.de



Dr. Lukas Olbrich
ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.
Lukas.Olbrich@iab.de



Dr. Katia Gallegos Torres
ist Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.
Katia.Gallegos-Torres@iab.de



Simon Wagner
ist Mitarbeiter im Forschungsbereich „Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung“ am IAB.
Simon.Wagner@iab.de

Impressum | IAB-Kurzbericht Nr. 10, 2.7.2026 | Herausgeber: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, 90327 Nürnberg | Redaktion: Martina Dorsch | Grafik & Gestaltung: Nicola Brendel | Foto: Peter Müllenberglund privat | Druck: MKL Wentker Druck GmbH, Ostbevern | Rechte: Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de> | IAB im Internet: www.iab.de. Dort finden Sie unter anderem diesen Kurzbericht zum kostenlosen Download | Kontakt: IAB.Kurzbericht@iab.de | ISSN 0942-167X | DOI 10.48720/IAB.KB.2610